

Gari Pavković

Wie können Kommunen zu Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt beitragen?

Forum bei Hohenheimer Tagen zu Migrationsrecht am 25.01.2020

Kommunale Integrationspolitiken in Deutschland

Gemeinsames Grundverständnis

Integration von Immigrant*innen =

strukturell: gleichberechtigte Teilhabe an kommunalen/staatlichen Dienstleistungen, Wohnen, Bildung, Arbeit, gesicherte Aufenthaltsperspektive...

Partizipation: aktive Rolle in der Gesellschaft – beruflich, freiwilliges Engagement, politische Beteiligung...

Identifikation: gemeinsame Werte, Zugehörigkeit/Verbundenheit

Partizipation fördert Identifikation und umgekehrt.
Strukturelle Integration ist eine Voraussetzung für Partizipation.

Integrationsförderung betrifft alle Handlungsfelder (Querschnittsaufgabe der Verwaltung) und alle Gestalter der urbanen Gesellschaft: öffentlicher Dienst und andere Institutionen, Zivilgesellschaft einschl. der Migrantenvereine, Arbeitsmarktakteure, Politik und Medien.

Städte haben im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung große Gestaltungsmöglichkeiten und entwickeln eigene Schwerpunkte.

Stuttgarter Bündnis für Integration (seit 2001):

Kernaussagen:

Städte profitieren von der Einwanderung – wirtschaftlich, kulturell, im Zusammenleben. Es braucht die Einbindung der gesamten Stadtgesellschaft, damit Integration gelingt. Ausgangspunkt ist eine systematische Sprach- und Bildungsförderung.

Inklusives Leitbild: Alle Einwohner*innen sind Stuttgarter*innen, unabhängig von Pass, Herkunft, Status usw.

Kulturelle Vielfalt wird gefördert und als Motor für die Stadtentwicklung genutzt. Akzeptanz der kulturellen Diversität stärkt die Bereitschaft der Migrant*innen zur Partizipation und zur Identifikation mit der Stadt.

Migrationsmotive und soziale Lebenslagen der Migrant*innen sind heterogen – deshalb gibt es unterschiedliche Programme bspw. für neuzugewanderte Fachkräfte, internationale Studierende, Geflüchtete usw.

Positive zwischenmenschliche Begegnungen und Zusammenarbeit bauen Ängste und Vorurteile ab, fördern Akzeptanz von Vielfalt und den produktiven Umgang mit ihr.

Schwerpunkte:

Breite Einbindung des freiwilligen Bürgerengagements in die Integrationsarbeit, darunter viele Migrant*innenorganisationen (Kulturvereine, Religionsgemeinschaften).

Kampagnen zum inklusiven Integrationsverständnis, bspw. Schülerkampagne „Stuttgart ist Heimat/Gemeinschaft/Vielfalt/Sicherheit/Zukunft – dank Dir“.

Andere Städte:

Fokus auf interkulturelle Öffnung und Ausrichtung der Verwaltung, kompetenter Umgang mit migrationsbedingter Vielfalt (München, Berlin)

Bündelung der verschiedenen Gleichstellungspolitiken (Gender, Migration usw.) unter dem Oberbegriff Diversität (Köln, tlw. Frankfurt, Mannheim)

Bündelung verschiedener integrationspolitisch relevanter Behörden in einem Amt für Migration und Integration, einschließlich der Ausländerbehörde (Wiesbaden, Wuppertal, Krefeld, Freiburg)

Interkultureller Austausch und Publikationen im Rahmen des **kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik** (Integrationsbeauftragte aus Städten und Landkreisen, Vertreter*innen aus Bundesbehörden, Wissenschaft, Stiftungen...)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

= aktuelles Thema von Bund, Ländern, Kommunen und Stiftungen, mit wissenschaftlichen Publikationen dazu (u.a. Bertelsmann Stiftung, Robert Bosch Stiftung).

Neue Studie der Bertelsmann Stiftung „Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg“ (Januar 2020)

Migrationsspezifische Diskurse:

Hohe Zuwanderung von Personen mit Integrationsdefiziten (Muslime, Geflüchtete) gefährdet den Zusammenhalt. / Rassismus und andere Formen der Diskriminierung/Ausgrenzung spalten die Gesellschaft. / Das Problem sind nicht Migration und Herkunftskultur sondern ungleiche Teilhabechancen aufgrund von sozialer Benachteiligung.

Aladin El-Mafaalani: Gelingende Integration/Partizipation führt zu neuen Konflikten, weil strukturell benachteiligte Gruppen (Frauen, Migrant*innen usw.) inzwischen mitentscheiden wollen. Integrationserfolge führen nicht zu Harmonie sondern zu neuen Aushandlungsprozessen und Verteilungskämpfen. Daraus kann ein neuer Zusammenhalt entstehen.

Aktuelle Konfliktlinien: Befürworter und Gegner der offenen pluralen Gesellschaft – demokratiefeindliche Tendenzen durch Rechtspopulismus und Nationalismus: Laut verschiedenen Studien ist der gesellschaftliche Zusammenhalt in Städten und Bundesländern höher, die stark von Migration geprägt sind.

Kontakthypothese: Alteingesessene haben weniger Vorbehalte gegenüber Zugewanderten (und umgekehrt), weil sie positive zwischenmenschliche Erfahrungen miteinander im Alltag machen.

Nicht die Migration ist das Problem, sondern die wachsende soziale Ungleichheit und das Empfinden verschiedener Bevölkerungsgruppen, dass Chancen und Güter seitens Politik und Verwaltung ungerecht verteilt sind.

Maßnahmen auf kommunaler Ebene:

- Stärkung des Zusammenhalts durch lokale Partnerschaften für Demokratie (u.a. Stuttgart)
- sozial inklusive Stadtentwicklung, Bürgerbeteiligung, gesellschaftliche Integration aller benachteiligten Bevölkerungsgruppen unabhängig von Herkunft
- ...

Was fehlt:

Gesetzliche Grundlagen für Integrationspolitik analog Gleichstellung von Frauen (Ansätze dazu: Integrations- und Partizipationsgesetze in NRW, Berlin und Baden-Württemberg)